

# Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 26

Berlin, den 25. Juni 1932

40. Jahrgang

## Kampftruf der Gewerkschaften

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung am 14. Juni Stellung zu der Bildung der neuen Reichsregierung der Barone und zu der von ihr veröffentlichten programmatischen Erklärung. Die Stellung der Gewerkschaften wurde präzisiert in der folgenden einmütig beschlossenen

### Kundgebung des ADGB.

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampf-ansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnern in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatsverhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsmißler sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenscheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschlands.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeiterfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermüpfung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im geschützten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzen.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des korrekiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung!“

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschlands machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen:

„Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muckertum erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbesiegbaren Willens. Eure Losung muß sein:

**Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!**

## Das Reichsbanner ruft!

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht folgenden Aufruf:

In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbeehl vom 14. April d. J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 26. Juni, muß überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wiederhergestellt und jede Formation zur Übernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 8. Mai angeordnete Mitgliedersperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwerbung für die Stammformationen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und aber tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen!

Kameraden! Es war nicht unser Wille, eine neue Mobilisierung der Schufe durchzuführen. Wir sind und bleiben Gegner jeder Art von Privatarmeen. Nicht, um selbst Staatsgewalt zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt: die Autorität der deutschen Republik nach außen und nach innen zu stärken und zu festigen.

Wir kennen aus der Erfahrung von mehr als 10 Jahren die Gefahren, die dem Staat und jedem einzelnen Bürger aus der Duldung privater Armeen drohen. Aus dieser Erkenntnis haben wir, als der Herr Reichspräsident auf Anraten der Regierung Brüning-Groener-Dietrich die Auflösung der „nationalsozialistischen“ Privatarmee anordnete, auf der Stelle unsere Schutzformationen aufgelöst. Wir lebten der Hoffnung, endlich uns ganz aufbauender Arbeit widmen zu können.

Auf Grund privater Parteiabmachungen hat die Regierung von Papen, von Gayl, von Schleicher dem Herrn Reichspräsidenten den nach unserer Überzeugung verderblichen Rat gegeben, die Privatarmee eines Mannes wiedererstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1928, den Bürgerkrieg entfesselte. Mißbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sog. nationalsozialistischen Bewegung. In Theorie und Praxis ist Gewaltanwendung gegen Staat und Bürgerschaft die Aufgabe, die ihrer Privatarmee gestellt ist.

Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht beschränken. Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden.

Die Nationalsozialistische Partei und ihre Armee, ausgerüstet und ausgehalten von privatkapitalistischen Interessentengruppen, zerspaltet die deutsche Nation, zerbricht echte nationale Willensbildung nach außen und nach innen. Die volle Verantwortung für die aus der Existenz und der Betätigung einer Privatarmee notwendigerweise entspringenden Gefahren für das ganze deutsche Volk trifft die gegenwärtige Reichsregierung.

Hohn und Spott für die Hungernden und Darbenden in Deutschland ist es, wenn den Kriegsbeschädigten, den Witwen, Waisen und Invaliden die Bezüge gekürzt, die Erwerbslosenunterstützungen herabgesetzt, Löhne und Gehälter wieder und wieder abgebaut werden; wenn versichert wird, daß die Steuerkraft aller Schichten des Volkes erschöpft sei und dennoch eine Gruppe politischer Interessenten in der Lage ist, Millionensummen aufzubringen, um ihre Privatarmee mit neuen Paradeuniformen auszurüsten!

Gegen das Paradiesen setzen wir den Willen, die furchtbare Wirtschaftskrise zu überwinden.

Gegen die Verschwendung von Geldern, die der Volkswirtschaft entzogen werden, setzen wir den Ruf nach Arbeit.

Gegen die Organisation einer Terrorarmee setzen wir den Entschluß, die neu entstandene Bürgerkriegspsychose zu brechen.

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk.

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen!

Zusammenschließen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenstiel! Hoch die Fahne Schwarzrotgold! Nichts für uns! Alles für die deutsche Republik!

Magdeburg, den 18. Juni 1932.

Die Bundesleitung  
des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.  
I. A.: Karl Höltermann.



# Sie nehmen den Hungernden das Brot

Die von der Regierung Brüning geplanten Notverordnungen enthielten, nach dem, was über sie bekanntgeworden ist, Bestimmungen über die Senkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die berechtigterweise die schärfsten Proteste der Arbeiterschaft hervorriefen. Diese Notverordnungen sind nicht verkündet worden. Das Kabinett der Barone, das berufen wurde, um im Einvernehmen mit den Nationalsozialisten die Geschichte Deutschlands zu lenken, hat neue Notverordnungen ausgearbeitet und sie am 14. Juni verkündet, die alles Schlimme, was uns von der Regierung Brüning zugebracht war, weit in den Schatten stellen.

Bibelkundige Leser finden eine gewisse Parallele in der Geschichte, die im ersten Buch der Könige erzählt wird. Als der König Salomo gestorben war und das Volk sich an seinen Nachfolger mit der Bitte wandte, ihnen das Joch zu erleichtern, da erhielten sie die königliche Antwort: „Mein Vater hat euer Joch schwer gemacht, ich aber will das noch mehr über euch machen; mein Vater hat euch mit Peitschen gezüchtigt, ich aber will euch mit Skorpionen züchtigen.“ Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Nazis, die doch vorgeben, keinen Juden riechen zu können, sich das tyrannische Wort des alten Judenkönigs zur Richtschnur wählen.

Wie ein Hohn klingt die Überschrift des ersten Teiles der Notverordnung: „Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie auf dem Gebiete der Reichsversorgung.“ Der Inhalt der dann folgenden Bestimmungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Arbeitslosenversicherung zerschlagen ist. Die Hungersätze der Krisenunterstützung werden noch um 10 Prozent gesenkt. In dieser Höhe wird künftig auch die sogenannte Arbeitslosenunterstützung gezahlt, aber nur für die Dauer von sechs Wochen. Dann tritt die strenge Bedürftigkeitsprüfung der Wohlfahrtsunterstützung ein. Deren Sätze werden um 15 Prozent gesenkt, und sie dürfen nicht höher sein als die gesenkten Sätze der Krisenunterstützung.

Es ist richtig, die Wirtschaftskrise hat die Zahl der Hilfsbedürftigen ungeheuer ansteigen lassen, die Kassen sind leer, die Steuereingänge bleiben hinter den Schätzungen zurück. Die Regierung hat in ihrer sogenannten Programmklärung ausgesprochen, sie werde nicht zögern, „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen“. Ihre erste Notverordnung zeigt, wie man ihre Worte zu verstehen hat. Nicht auf diese Phrasen kommt es ihr an, wichtiger ist ihre Feststellung, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein soll. Deshalb beginnt sie ihren Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung damit, daß sie den Hungernden das letzte Stück Brot aus der Hand schlägt.

Die Regierung rechnet mit einer Arbeitslosenzahl von 5.950.000 im Jahresdurchschnitt, deren Unterstützung nach den seitherigen Sätzen 3557 Millionen Mark kosten würde. Durch Kürzung der Arbeitslosensätze um durchschnittlich 23 Prozent und Beschränkung der Bezugsdauer auf sechs Wochen sowie durch die ungeheuerliche Kürzung der Krisen- und Wohlfahrtsätze will sie 520 Millionen Mark an den Arbeitslosen sparen.

Aber nicht nur die Arbeitslosen sollen bluten. Die kümmerlichen Renten in der Invalidenversicherung erfahren eine starke Kürzung. Von den seitherigen Renten werden den Invaliden 6 Mk., den Witwen 5 Mk. und den Waisen 4 Mk. im Monat abgezogen. Bei neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mk. gesenkt und die Witwen- und Waisenrenten werden entsprechend niedriger bemessen. In der Unfallversicherung werden die aus der Zeit vom 1. 1. 1927 bis zum 31. Dezember 1931 stammenden Renten um 15 Prozent gesenkt, die übrigen Renten um 7½ Prozent.

Auch die Kriegsoffiziere sind nicht vergessen. „Der Dank des Vaterlandes ist

euch gewiß.“ Wie oft ist ihnen bei festlichen Anlässen dieses Wort verkündet worden. Das Kabinett Schleicher-Papen fühlt sich verpflichtet, dieses Versprechen zu erfüllen. Aber da der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist, wird der Dank des Vaterlandes in der Weise erstattet, daß die Kriegserrenten gekürzt werden. Die Kriegsbeschädigten, deren Rente bereits auf weniger als 50 Prozent gedrückt ist, erfahren eine Minderung ihrer Gehaltsansprüche um 20 Prozent. Dazu kommt noch eine Minderung der Kinderbeihilfen.

Sparen, sparen, ist die Parole der Regierung der Barone. Aber weil sie eine Regierung der Barone ist und sich auf die Nationalsozialisten stützt, die von den Industriellen und den Agrariern ausgehalten werden, wird nur auf Kosten der Ärmsten der Armen gespart. Den Arbeitslosen läßt man kaum noch soviel, um das trockene Brot zu kaufen. An den Invaliden der Arbeit, den Unfall-, den Kriegsverletzten wird gespart. Aber wie ist es mit den Riesenpensionen der früheren Offiziere, der hohen Beamten usw.? Hier handelt es sich um Fleisch vom Fleische der Barone, den Besitzenden können keine Einschränkungen zugemutet werden. Der Staat ist keine Wohlfahrtsanstalt. Das sagt man den Hilfsbedürftigen, bei den Angehörigen der besitzenden Kaste muß man natürlich auf standesgemäße Versorgung bedacht sein.

Aber nicht nur die Ausgaben für die Ärmsten werden auf das äußerste gekürzt, auch bei der Steigerung der Einnahmen denkt man in erster Linie an die Schröpfung der Armen. Die Salzsteuer wird eingeführt, für jedes Pfund Salz wird eine Abgabe von 6 Pf. erhoben. Von der Umsatzsteuer in Höhe von 2 Prozent waren bisher Umsätze bis zu 5000 Mk. im Jahre befreit, diese Freigrenze ist aufgehoben. Die Aufhebung der Krisensteuer bedeutet keine Erleichterung, denn an ihre Stelle tritt die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die höhere Erträge bringen soll. Eine Freigrenze ist hier nicht vorgesehen. Von einem Arbeitentgelt unter 125 Mk. im Monat werden 1,5 Prozent erhoben, höhere Einkommen bis 300 Mk. monatlich zahlen 2,5 Prozent, für den überschreitenden Betrag bis 700 Mk. werden 5,75 Prozent erhoben. Bei einem Arbeitentgelt über 700 Mk. bis 3000 Mk. wird der ganze Betrag mit 5,75 Prozent versteuert, und wer mehr als 3000 Mk. monatlich als Arbeitentgelt bezieht, zahlt 6,5 Prozent zur Arbeitslosenhilfe.

Die Notverordnung bringt aber nicht nur Kürzung der Bezüge und Erhöhung der Abgaben, sondern auch eine Steuersenkung. Der Ertrag der Aufbringungsumlage wird von 200 Millionen auf 100 Millionen Mark herabgesetzt. Das ist ein Steuerertrag für die Besitzenden. Diesen hilft man, dafür nimmt man den Arbeitern fast den letzten Pfennig.

Und wie ist es mit der wirksamsten Arbeitslosenhilfe, wie ist es mit der Arbeitsbeschaffung? Die schwachen Ansätze der vorigen Regierung sind glatt auf die Seite geschoben. Die Notverordnung spricht auch von der Arbeitsbeschaffung, aber ohne etwas Positives zu sagen. In der amtlichen Erläuterung zur Notverordnung wird dagegen ausgeführt, daß die Reichsregierung dem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes besondere Aufmerksamkeit zuwenden will. Hier liegen zweifellos nähere Abmachungen mit den Nazis zugrunde, die ja an der Gestaltung der Notverordnung ihrer Gönner lebhaften Anteil hatten. Man wird sich nicht sehr wundern, wenn sich die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes durch die Reichsregierung in der Praxis als eine Förderung der Privatarmee Hitlers erweist.

Die Notverordnung der Papen-Regierung ist ein Anschlag auf das arbeitende Volk, der in seiner Härte kaum noch übertroffen werden kann. Die Nationalsozialistische Partei bemüht sich aus taktischen Gründen, die Verantwortung für die Notverordnung abzulehnen. Aber die Zusammenhänge sind klar. Das Anwachsen der Nazibewegung hat erst die Berufung der Regierung Schleicher-Papen ermöglicht. Diese Regierung ist den Nazis gegenüber

bestimmte Verpflichtungen eingegangen. Die Nationalsozialistische Partei ist die einzige Stütze dieser Regierung, die sich bemüht, ihren Schützlingen bei den Reichstagswahlen zu einem großen Erfolg zu verhelfen. Die Arbeiter sind gewarnt. Die Notverordnung ist der erste Schritt der Regierung, die noch weit schlimmere Anschläge gegen das deutsche Volk und gegen die Arbeiterschaft im Schilde führt. Unsere Antwort darauf lautet: Nieder mit dem Kabinett der Barone, nieder mit den Nazis!

## Arbeitslosenversicherung?

In der amtlichen Erläuterung der neuen Notverordnung wird der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung bei der jetzigen Regelung auf 984 Millionen Mark geschätzt, dem eine Einnahme aus Beiträgen von 1083 Millionen Mark gegenübersteht. Nach dem seitherigen Abbau wäre also der finanzielle Stand der Arbeitslosenversicherung reichlich gesichert.

Die Aufbringung der Mittel für die Erhaltung der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung ist nach seitherigem Recht Aufgabe des Reichs und der Gemeinden. Ob die Verteilung der Kosten zwischen diesen beiden Faktoren richtig ist, soll hier nicht untersucht werden. Es genügt die Feststellung, daß die Pflicht der Volksgemeinschaft anerkannt ist, für die Erhaltung der Opfer der Wirtschaftskrise einzutreten.

Das Kabinett Papen bestreitet diese Pflicht, vorerst wenigstens, nicht, aber es konstruiert für die noch beschäftigten Arbeiter, deren Lebenshaltung durch die unaufhörlichen Lohnsenkungen schwer herabgedrückt ist, eine Verpflichtung zur Leistung besonderer Beiträge, um die Opfer, welche die Allgemeinheit bringen müßte, zu senken. Die Gelder der Arbeitslosenversicherung werden in solchem Maße für die Zwecke der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung herangezogen, daß für den eigentlichen Zweck nur noch ein ganz unzureichender Betrag übrigbleibt. Um damit auszukommen, werden die Unterstützungssätze nicht nur auf ein ganz geringfügiges Maß herabgedrückt, sondern die Auszahlung wird auf sechs Wochen beschränkt.

Kann man da noch von einer „Versicherung“ sprechen? Die neue Notverordnung hat das Versicherungsprinzip über den Haufen geworfen; es ist davon nicht viel mehr übriggeblieben als die Beitragspflicht. Unternehmer und Arbeiter zahlen je die Hälfte des Beitrages, der insgesamt 6½ Prozent des Lohnes beträgt. Wenn nun die Leistungen der Versicherung so gekürzt werden, wie es durch die Notverordnung geschieht, dann müßte nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit eine entsprechende Herabsetzung der Beiträge eintreten.

Daran denkt aber die Regierung nicht. Nicht nur, daß die vollen Beiträge weitergezahlt werden müssen, sie erfahren sogar eine beträchtliche Erhöhung durch die „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“, die bei einem Arbeitsverdienst bis zu 125 Mk. im Monat 1½ Prozent, bei höherem Arbeitsverdienst bis zu 300 Mk. im Monat 2½ Prozent beträgt. Das Schönste dabei ist, daß dieser Beitragsteil vom Arbeiter allein getragen werden muß; der Unternehmer braucht dazu nichts hinzuzuzahlen.

Man hätte es verstehen können, wenn die Regierung das Versicherungsprinzip völlig aufgehoben hätte. Wir wünschen das nicht und würden einer solchen Absicht auf das schärfste widersprechen. Wenn man aber, wie es die Notverordnung tut, die Fiktion der Versicherung zu erhalten sucht, dann muß man, will man gerecht sein, den Beitrag mit der Leistung in Einklang bringen.

Die Regierung Papen steht auf einem anderen Standpunkt. Weil der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist, müssen die Arbeiter, denen der Anspruch auf die Versicherungsleistung bis auf einen kümmerlichen Rest genommen ist, noch höhere Beiträge zahlen als seither. Die Regierung Papen aber sagt in ihrer Programmklärung, sie wolle „das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen“. Woraus entnommen werden kann, daß zwischen dem Christentum der Barone und dem des arbeitenden Volkes ein starker Unterschied besteht.

## Der Reichsarbeitsminister und die Gewerkschaften

Der Arbeitsminister des Kabinetts Papen, Herr Schäffer, hatte die Spitzenverbände der Gewerkschaften auf den 15. Juni zu einer Besprechung geladen. Aus den Berichten über die gepflogene Aussprache, die von Beteiligten veröffentlicht wurden, kann man entnehmen, daß der Minister bemüht ist, Fühlung mit den Gewerkschaften zu halten. Sein Vortrag war in der Form verbindlich, in der Sache vertrat er aber die Auffassung des Kabinetts der Barone, welches nicht nur durch seine programmatische Kundgebung, sondern auch durch seine bisherigen Taten bewiesen hat, wie begründet das Mißtrauen ist, welches ihm von der Arbeiterschaft und von den Gewerkschaften aller Richtungen entgegengebracht wird.

Minister Schäffer erklärte, daß er grundsätzlich auf dem Boden des geltenden Arbeitsrechts stehe und den Anspruch der Gewerkschaften auf gleichberechtigte Mitwirkung anerkenne. Er will auch das Tarifrecht und das Schlichtungswesen aufrechterhalten, aber von der Verbindlichkeit der Schiedssprüche könne nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden. Man kennt diese Formel, und dem Minister ist auch sofort entgegengehalten worden, wie sie die Arbeiter verstehen: Schiedssprüche werden nur dann verbindlich erklärt, wenn die Arbeiter in-stande sind, sich gegen sie zu wehren.

Interessant ist die Feststellung des Ministers, daß er einen nochmaligen Lohnabbau nicht für tragbar halte. Leider wird dieses Bekenntnis entwertet durch das Hinzufügen, daß bei Meinungsverschiedenheiten geprüft werden müsse, ob durch weitere Opfer der Lohn- und Gehaltsempfänger die Vermehrung der Arbeitslosigkeit verhindert werden könne.

Der von den Gewerkschaften erhobene Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit will der Minister dadurch entgegenkommen, daß er diese Frage in paritätischen Kommissionen bezirklich behandeln lassen will. Ob Herr Schäffer wirklich gläubt, daß dabei etwas herauskommen kann?

Die durch die Notverordnung verfügte Senkung in der Unterstützung der Arbeitslosen und der Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung sind brutale Tatsachen, um die man trotz aller Beschönigungen nicht herumkann. Der Minister glaubt einen Trost darin zu finden, daß das Prinzip der Versicherung erhalten geblieben sei. Die vom Minister betonte Absicht, den freiwilligen Arbeitsdienst auszubauen, hat ihren Niederschlag bereits in der Notverordnung gefunden.

Die Antworten, welche die Gewerkschaftsführer aller Richtungen dem Minister erteilten, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Heißt es doch sogar in dem sonst zurückhaltenden Bericht, den das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, veröffentlichte: „Die Achtung vor der Person des Ministers könnte schon während seiner Ausführungen Widerspruch nicht unterdrücken.“ Leipart hielt dem Minister vor, daß die Erklärung des Reichskabinetts, wonach der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein dürfe, als eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten empfunden werde. Für die Folgen, die sich aus der Notverordnung ergeben, lehnt er namens der freien Gewerkschaften jede Verantwortung ab. Auch die Vertreter des AFA-Bundes, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nahmen in ihren Erklärungen kein Blatt vor den Mund.

Diese einmütige Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter verfehlte ihre Wirkung auf den Minister nicht. Er wiederholte zum Schluß seine Bereitwilligkeit, mit den Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, und er bekannte, daß ohne die sozialen Einrichtungen und ohne die Gewerkschaften die wirtschaftliche Entwicklung in den zurückliegenden Jahren nicht denkbar gewesen wäre. Das sind ganz schöne Worte, aber leider nur Worte. Wie das ganze Kabinett, so ist auch der Reichsarbeitsminister nicht nach seinen Worten, sondern einzig nach seinen Taten zu beurteilen. Und soweit Taten vorliegen, zwingen sie die Arbeiter zu allerschärfstem Mißtrauen.



# Auf der Blutspur der Nazis

Zur 10. Wiederkehr des Todes-tages von Walther Rathenau

Nach einer amtlichen Meldung wurde heute vormittag Minister Rathenau, kurz nachdem er seine Villa im Grunewald verlassen hatte, um sich in das Auswärtige Amt zu begeben, erschossen und war sofort tot. Der Täter fuhr im Auto nebenher und sauste nach vollbrachter Tat weiter. Das ist kurz und kalt der Wortlaut jener Meldung des Wolffischen Telegraphenbüros vom 24. Juni 1922, die Deutschland, Europa und die Welt erschütterte.

Die Ermordung Walther Rathenaus war eine Schändung der deutschen Nation. Seine Mörder waren Faschisten! In dem Auto, das den Dienstwagen des Ministers in der Grunewaldallee überholte, saßen die früheren Offiziere Erwin Kern und Hermann Fischer, einst Angehörige der Brigade Ehrhardt und der berüchtigten Organisation Consul und Teilnehmer am Kapp-Putsch. Wagenführer war der einundzwanzigjährige Ernst Werner Tschow. Er sagte nach der Mordtat zu seinen Freunden: „Die Sache hat geklappt, Rathenau liegt. Wir haben es getan, um die Roten zum Angriff zu reizen. Uns ging das Geld aus.“ Auf den frevelnden Faschistensang: „Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau!“ war die furchtbare Tat gefolgt.

Diese Tatsachen lenken die Aufmerksamkeit gerade in unserer bittersten Zeit der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Faschismus auf einen Zustand, der in Deutschland schon an die 14 Jahre währt und durch die Mordtat vom 24. Juni 1922 nur eine besonders grelle Beleuchtung erfuhr. Während die Demokratie den faschistischen Mord aus Gründen der Sittlichkeit und des Verstandes ablehnt, ist er ein unveräußerlicher, gesinnungsmäßig bedingter Bestandteil der Diktatur und damit des Faschismus.

So ist denn der Weg ins ersehnte Dritte Reich gezeichnet durch eine furchtbare Spur wertvollen roten Menschenblutes, das durch die deutschen Faschisten vergossen wurde. Die schauerliche, den deutschen Namen besudelnde Wirklichkeit, daß durch die braune Pest des Nationalsozialismus und durch seine Vorläufer immer wieder durch Deutsche deutsches Blut vergossen wurde, kann dem Staatsbürger nicht oft genug vor Augen geführt werden. Der Urheber des politischen Mordens ist die Reaktion, ist der Nationalsozialismus.

Diese Behauptung ist an der Hand von Tatsachen und Zahlen zu belegen. Am 21. Februar 1919 erschloß der Nationalist Graf Arco den bayerischen Ministerpräsidenten Eisner. Der Nationalist von Hirschfeld richtete seine Pistole Anfang 1920 gegen den Reichsfinanzminister Erzberger und verwundete ihn. Am 10. Juni 1921 wurde der sozialistische Landtagsabgeordnete Karl Gareis in München auf dem Heimweg niedergeschlagen. Bei einem Spaziergang im Badeort Griesbach, wo er sich als kranker Mann zur Erholung aufhielt, wurde Erzberger am 26. August 1921 von den früheren Offizieren Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, Mitgliedern des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der Arbeitsgemeinschaft Oberland und der Organisation Consul, ermordet; die Täter schossen noch, als der Getroffene schon im Todeskrampf lag. Die Attentate auf Scheidemann und Harden und der Anschlag auf Stresemann liegen in der gleichen Linie.

Aber beweiskräftiger noch als diese Verbrechen ist die schauerliche Zahl der Morde an einfachen Proletariern. Schon die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und die entsetzliche Blut-tat an den Matrosen der Französischen Straße, die auf Befehl des Oberleutnants Marloh erfolgte, wiesen auf die standrechtlichen Erschießungen und die grausige Formel: „Auf der Flucht erschossen“ hin, die 1920 beim Kapp-Putsch in Erscheinung traten. Sieben Opfer fielen allein in Breslau, und studentische Zeitfreiwillige aus Marburg erschossen in Mechterstadt in Thüringen nicht weniger als 14 Arbeiter aus Thal, darunter drei Söhne einer Kriegerwitwe. „auf der Flucht“. Einer aus der Mordkolonne rief die lästerlichen Worte: „Die Anatomie braucht Leichen!“

Die Fememorde der Jahre 1920 bis 1924 folgten. Mit der Erdrosselung des Dienstmädchens Maria Sandmeier aus München im Forstenrieder Park begann es. In Oberschlesien und in der Schwarzen Reichswehr wurden dann, wie in den Fememordprozessen Schulz, Klapproth, Fuhrmann, Fahlbusch, Heines usw. gerichtsnotorisch erwiesen wurde, Mißliebige, die irgendwie in den Verdacht des Verrates geraten waren, auf schauerliche Weise umgebracht. Der Oberleutnant Schulz, heute nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter, wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Besonders kraß liegt der Fall Heines. 1920 war im Kreise Greifenhagen als Vertrauensmann der Arbeitsgemeinschaft Roßbach der 22jährige Leutnant Edmund Heines, früher Kappist und Baltikumer, tätig. Ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, der 20jährige Arbeiter Willi Schmidt, wollte fort. Heines suchte ihn mit drei Spießgesellen auf, und in Anwesenheit des Heines schlug ein Unteroffizier den jungen Mann mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Schmidt wurde eingesperrt und nachts in den Wald geschleppt. Man grub ein Loch, Schmidt schrie: „Ich soll erschossen werden.“ Heines befahl die Erschießung, seine Komplizen weigerten sich, Heines preßte dem Schmidt die Pistole ans Gesicht und drückte zweimal los. Das Schwurgericht in Stettin verurteilte Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, das Reichsgericht hob den Spruch auf. In der neuen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe, das Gericht erkannte auf Gefängnis. Bald war Heines amnestiert. Heute ist er SA.-Führer und nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, und auf öffentlichen Versammlungsplakaten wurde er als „Fememörder Heines“ angekündigt.

Von 1925 an sind nationalsozialistische Blut-taten an Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Reichsbannerkameraden und an Kommunisten in steigender Zahl an der Tagesordnung. Wir wollen nur zwei besonders krasse Fälle herausgreifen, um dann nüchtern Zahlen sprechen zu lassen. Mit klingendem Spiel zogen am 25. Juni 1927 — es ist jetzt genau fünf Jahre her — Berliner Reichsbannerkameraden zum Gantag nach Frankfurt a. d. O. Die Kameraden aus Erkner wurden, als sie mit wehenden schwarzrotgoldenen Fahnen im Lastauto durch Ahrensdorf fuhren, durch den Besitzersohn August Schmelzer angefallen. Der besonnene Führer beschleunigte das Tempo des Wagens. Schmelzer schoß mit Rehpatronen aus einem Jagdgewehr, sechs Reichsbannerkameraden wurden getroffen. Als der Wagen schneller fuhr, schoß Schmelzer wieder, und wieder harte das Reichsbanner vier Verwundete. Der 18jährige Schlosser Karl Tietze war tot, sein Freund und Kamerad, Richard Wollank, starb wenige Wochen später. Der eigene Vater hatte den Mörder zur Tat aufgehetzt.

Am 18. März 1929 hatte das nieder-rheinische Reichsbanner einen Gantag in Köln. Nationalsozialisten machten einen Überfall, schlugen ein junges Mädchen, das

ahnungslos mit seinem Bräutigam spazierend, nieder und mißhandelten einen sechzig-jährigen Reichsbannermann, Vater von sechs Kindern, so daß er schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Das Gericht erkannte auf hohe Gefängnisstrafen und betonte in seiner Urteilsbegründung, daß die nationalsozialistischen Angeklagten „in geradezu tierischer Roheit über unschuldige, ahnungslose Leute hergefallen seien, wie wilde Tiere, die nach Opfern gesucht hätten“.

In der Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. Juli 1930, also in vier Monaten, sind 21 Tote und 194 Schwerverletzte als Opfer der braunen Pest zu verzeichnen. In den Jahren 1930 und 1931 wurden 1480 Gewalt-taten mit 62 Toten und rund 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus bekannt. Das Wichtigste aber ist, daß es sich bei all diesen Blut-taten nicht um individuelle Verbrechen handelt, sondern um Verbrechen von oben. In den Blut-taten liegt System. Adolf Hitler hat am 24. Februar 1931 in München er-

klärt: „Es geschieht nichts in der Bewegung, ohne daß ich es weiß und ohne daß ich es billige. Ja, noch mehr: Es geschieht gar nichts, ohne daß ich es wünsche.“ Weil der Führer von den Köpfen spricht, die rollen werden, beherrschen Mord und Terror die Straße. Weil die Unterführer von der Nacht der langen Messer, vom Hängen an die Laternen, vom Blühen der Handindustrie, vom Abschächten von zehntausend marxistischen Funktionären reden, deshalb rast das Verbrechen. Die moralisch Schuldigen sind der Führer und seine Unterführer. Die Geführten, die Schützen und Messerstecher, können sagen wie Buttler zu Piccolomini:

„Der einzige Unterschied ist zwischen eurem Und meinem Tun: Ihr habt den Pfeil geschärft, Ich hab' ihn abgedrückt. Ihr sätet Blut Und steht bestürzt, daß Blut ist aufgegangen.“

Wir wollen Schluß machen mit der Blut-pest! Dem Verbrechen der Führer, dem Verbrechen der Geführten gilt unser Kampf. Er gilt dem faschistischen Mord!

Henning Duderstadt.

# Die Bestie ist losgelassen

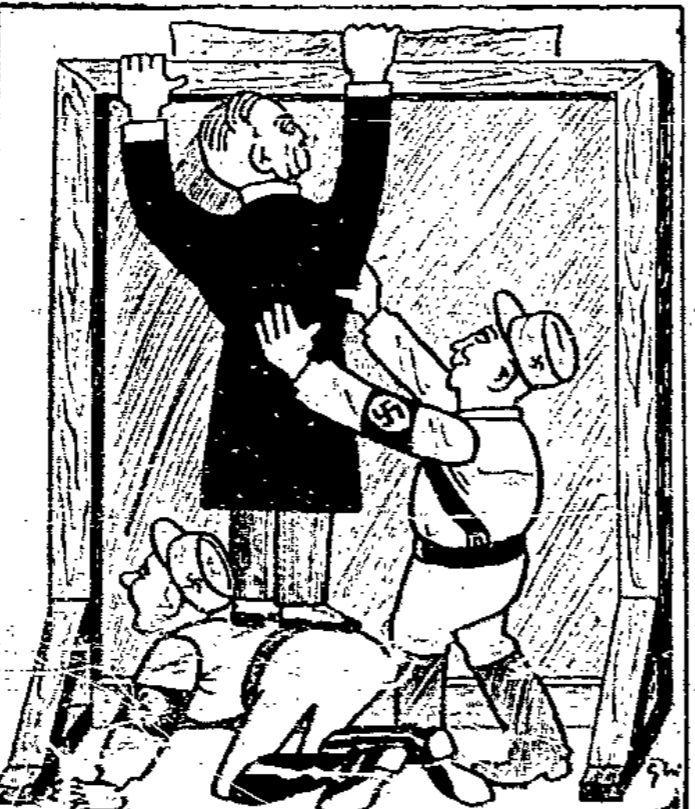
Die Regierung Schleicher-Papen hat die Bezahlung für die Unterstützung durch die Hitler-Partei geleistet. Durch die „Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932“ hat die Privatarmee des Regierungsrats Hitler wieder Betätigungsfreiheit erhalten.

Die entscheidende Bestimmung der Notverordnung, die im übrigen Vorschriften über Versammlungen, Aufzüge und über periodische Druckschriften enthält, bringt der § 9, der „politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen“, der besonderen Aufsicht des Reichsministers des Innern unterstellt. Ihm wird damit eine Verantwortung auferlegt, um die er wirklich nicht zu beneiden ist.

Nur zwei Monate lang ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. April 1932 in Kraft gewesen, durch welche „sämtliche militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.), mit den dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen“ mit sofortiger Wirkung aufgelöst wurden.

In der Begründung des Verbots erklärte die damalige Regierung, daß die Auflösung notwendig sei, „um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren, schweren Beeinträchtigungen zu bewahren“.

In jener Begründung heißt es weiter: „Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht.“ ... „Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.“



Die Nazis helfen den Baronen



beim Erlaß der Hungerverordnung

Die neue Regierung will es dulden. Ganz wohl ist ihr aber dabei nicht. Sie spricht es auch aus, indem sie zu der Aufhebung des Uniformverbots in der amtlichen Begründung sagt:

„Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufsichtsrecht die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.“

Auch der Reichspräsident v. Hindenburg hat sich anscheinend nicht ohne innere Kämpfe zu dem Widerruf seiner erst vor zwei Monaten getroffenen Entscheidung entschlossen. Er hat dem Reichsinnenminister die unterzeichnete Notverordnung mit einem Schreiben zurückgegeben, in dem es heißt:

„Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben.“

Inzwischen hat Hitler für seine Garde neue Uniformen bauen lassen. Sein „Völkischer Beobachter“ begrüßt die neue Verordnung mit dem Jubelruf: „400.000 S.A.-Männer marschieren.“ Ob die Zahl stimmt, sei dahingestellt, jedenfalls haben die neuen Uniformen einen schönen Batzen Geld gekostet. Das macht aber dem Braunschweiger Regierungsrat keine Sorgen. Den notleidenden Agrariern, den unter den Lasten der Sozialversicherung zusammenbrechenden Industriellen und den sonstigen Geldgebern der Nazis kommt es auf eine Handvoll Millionen nicht an. Wenn erst das Dritte Reich angebrochen ist, dürfen sie sich an den geknechteten Arbeitern für ihre Opfer schadlos halten.

Inzwischen stolzieren die Hitler-Soldaten in ihren neuen Uniformen umher und brennen darauf, ihrer Rauflust Genüge zu tun. Die braune Hitler-Armee ist eine Provokation für die republikanisch gesinnte, verfassungstreue Bevölkerung. Mit Recht sagt der „Vorwärts“, daß diese Bevölkerung keine Gewalttätigkeit will oder sucht. Aber sie wird sich auch keine gefallen lassen! Für sie heißt es, nicht provozieren und sich nicht provozieren lassen, aber sich entschlossen selber zu helfen, wo die öffentliche Gewalt versagt!



# Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Mai 1932

Die jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes hält sich in sehr engem Rahmen und bleibt stark hinter dem Vorjahr zurück. Am 31. Mai wurden bei den Arbeitsämtern 5582 875 Arbeitslose gezählt, gegen 5739 070 am 30. April. Am 31. Mai 1931 waren es 4052 950. In der Holzindustrie ist von einer Besserung der Lage überhaupt nichts zu merken, im Gegenteil steigt die Arbeitslosigkeit, langsam zwar, aber anhaltend. Von den 249 674 Mitgliedern, die bei der Er-

hebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband erfaßt wurden, waren Ende Mai 162 422 oder 65,05 Prozent arbeitslos; Ende April waren es 64,81 Prozent. Dazu kommen noch 25 406 oder 10,18 Prozent Kurzarbeiter. Auch die Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie brachte für den Monat Mai ein Ergebnis, das sich von dem für den Vormonat kaum merklich

unterscheidet. Die Erhebung erstreckte sich auf 700 Betriebe mit 50 505 Beschäftigten. Darunter sind 11 mit zuletzt 222 Beschäftigten, die im Laufe des Monats stillgelegt wurden. Die Stärke der Belegschaft der erfaßten Betriebe hat sich insgesamt nur unwesentlich geändert, 2632 Entlassungen stehen 2670 Einstellungen gegenüber. In den einzelnen Branchen zeigen sich aber bemerkenswerte Verschiebungen. In den Sägewerken überwiegen die Einstellungen,

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Mai 1932.

Gau	Berichtet haben			Arbeitslose		Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos			Verkürzt arbeiteten insgesamt			Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um				Nicht berichtet haben	
	Verw. stellen	mit Mitgliedern	darunter weibl.	am 31. 5. 32	darunt. weibl.	Betriebe	Beschäftigte	darunt. weibl.	Betriebe	Beschäftigte	darunt. weibl.	1-8 Std. Beschäftigte	9-16 Std. Beschäftigte	17-24 Std. Beschäftigte	25 Std. und mehr Beschäft.	Verw. stellen	mit Mitgliedern
Ostpreußen	45	4 857	225	3 142	82	64,69	22	172	21	3,54	93	36	43	—	3	77	
Stettin	90	10 238	88	5 960	32	58,21	14	654	20	6,39	273	108	273	—	2	60	
Breslau	75	14 458	787	8 756	417	60,56	64	1 150	134	7,95	424	424	277	25	3	143	
Berlin	1	18 956	415	12 122	122	63,95	67	702	12	3,70	324	179	179	20	—	—	
Brandenburg	126	12 790	615	8 137	269	63,62	36	584	19	4,57	231	173	178	2	6	253	
Sachsen	63	52 894	4 552	35 245	2301	66,63	304	6 447	983	12,19	766	2 392	2 994	295	3	506	
Erfurt	81	9 739	422	6 531	295	67,06	59	972	49	9,98	364	141	466	1	4	190	
Magdeburg	51	12 817	329	8 125	101	63,39	72	792	65	6,18	245	380	136	31	1	103	
Hamburg	67	23 932	733	16 043	264	67,04	36	1 275	191	5,33	747	277	104	147	—	—	
Hannover	61	20 634	668	13 480	207	65,33	72	2 234	67	10,83	768	770	442	254	2	1 532	
Düsseldorf	65	13 772	233	9 900	117	71,88	69	1 121	65	8,14	615	115	394	7	1	90	
Frankfurt	62	15 610	524	10 689	214	68,48	85	1 883	127	12,06	498	789	332	264	2	209	
Nürnberg	90	16 089	3 145	9 407	1 223	58,47	110	3 179	1 375	19,76	1 123	663	1 113	280	2	197	
München	56	7 284	518	5 172	278	71,00	63	523	94	7,18	125	340	56	2	1	52	
Stuttgart	92	15 542	630	9 700	246	62,41	179	3 718	259	23,92	1 206	539	1 215	758	2	359	
Hauptkasse	—	62	—	13	—	20,97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	1025	249 674	13 884	162 422	6168	65,05	1252	25 406	3481	10,18	7 802	7 326	8 192	2 086	32	3 771	
Im Vormonat	1048	254 690	14 155	165 057	6315	64,81	1308	26 961	3572	10,59	7 872	9 116	8 075	1 898	16	768	

ebenso in der Buntschlerei und in der Stuhlfabrikation, dagegen ist in den verschiedenen Zweigen der Möbeltischlerei ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten eingetreten. Das gilt auch für die Bürsten- und Pinselindustrie. Dagegen zeigen Waggonfabriken und Karosserien eine Stärkung der Belegschaft. Doch handelt es sich überall nur um eine verhältnismäßig kleine Änderung der Zahlen. Kennzeichnend für die Lage ist die Tatsache, daß in 359 Betrieben mit 24 812 Beschäftigten, das sind

49,1 Prozent der an der Erhebung Beteiligten, verkürzt gearbeitet wurde. Die Beurteilung der Geschäftslage lautet für einige Berufszweige etwas günstiger als im Vormonat. Hiernach melden eine geringe Besserung neben den Sägewerken auch die Fabriken für Knöpfe, Korbwaren, Sport- und Kinderwagen, Karosserien, dagegen zeigen eine erhebliche Verschlechterung insbesondere Büromöbel. Dabei ist aber die Lage in allen Berufszweigen so schlecht, daß die Änderungen nach oben und unten absolut

betrachtet nur unbedeutend sind. Als durchaus schlecht wird der Geschäftsgang in den Betrieben für Uhrgehäuse, Klaviere, Pfeifen und auf den Werften bezeichnet. Von je 100 Beschäftigten entfallen 10,2 auf gut, 28,4 auf befriedigend und 61,4 auf schlecht beschäftigte Betriebe. Bezeichnet man gut mit 2, befriedigend mit 3 und schlecht mit 4, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 3,512 gegen 3,504 im April, also noch eine kleine Verschlechterung der ohnehin schlimmen Lage.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Mai 1932.

Berufszweig	Berichtende Betriebe	Anzahl				Geschäftsgang						Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang								
		der Beschäftigten	der Entlassenen	der freien Plätze	der leeren Plätze	gut		befriedigend		schlecht		Mai 1932			April 1932			Mai 1931		
		Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.
Möbel	1) 158	12763	538	1010	12337	12	1619	37	3831	106	7313	12,7	30,0	57,3	21,0	23,9	55,1	32,1	38,5	29,4
Innenbau	19	537	33	144	2129	—	—	1	18	18	519	—	3,4	96,6	—	17,1	82,9	15,0	22,6	62,4
Weißes Möbel	2) 47	2681	143	246	3508	5	503	7	933	33	1245	18,8	34,8	46,4	24,8	33,8	41,4	39,8	28,0	32,2
Büromöbel	11	535	14	72	1548	—	—	1	126	10	409	—	23,6	76,4	27,7	21,3	51,0	—	11,8	88,2
Türen, Fenster usw.	29	1068	156	43	2454	3	210	4	285	22	573	19,7	26,7	53,6	19,9	10,5	69,6	6,6	43,7	49,7
Stühle	3) 36	2300	275	92	3024	1	60	7	570	27	1670	2,6	24,8	72,6	14,4	27,2	58,4	46,4	32,1	21,5
Rahmenleiste, Vergold.	12	878	14	23	1078	1	150	2	110	9	618	17,1	12,5	70,4	16,0	16,0	68,0	10,7	20,8	68,5
Uhrgehäuse	6	832	65	14	1745	—	—	—	—	6	832	—	—	100,0	—	—	100,0	—	—	100,0
Holzwaren	4) 45	2478	75	86	2971	2	167	4	246	38	2065	6,8	9,9	83,3	6,8	10,4	82,8	15,3	36,5	48,2
Klaviere, Orgeln	5) 32	1220	98	90	4730	—	—	—	—	31	1220	—	—	100,0	—	2,5	97,5	—	31,7	68,3
Harmoniken	6) 12	873	1	55	1131	—	—	1	60	10	813	—	6,9	93,1	—	—	100,0	—	7,9	92,1
Sägewerke	64	3927	367	118	4531	6	601	26	1909	32	1417	15,3	48,6	36,1	11,9	38,2	49,9	31,4	35,1	33,5
Kisten, Packfässer	35	2690	84	73	2655	2	242	13	1424	20	1024	9,0	52,9	38,1	10,4	47,7	41,9	20,9	54,1	25,0
Sperrholz	19	3099	56	24	1845	1	75	7	1680	11	1344	2,4	54,2	43,4	4,2	49,2	46,6	25,4	41,4	33,2
Schuhleisten	6	587	14	40	398	1	45	—	—	5	542	7,7	—	92,3	7,4	6,5	86,1	5,4	15,0	79,6
Bürsten, Pinsel	38	3120	128	205	3016	5	708	6	521	27	1891	22,7	16,7	60,6	16,9	41,9	41,2	25,2	24,9	49,9
Kämme, Haarschmuck	7) 13	746	10	16	1076	—	—	3	275	9	471	—	36,9	63,1	—	36,6	63,4	25,9	56,4	17,7
Knöpfe	16	1254	50	19	1834	1	58	5	599	10	599	4,6	47,6	47,8	—	20,9	79,1	9,2	71,3	19,5
Pfeifen	5	427	2	15	246	—	—	—	—	5	427	—	—	100,0	—	—	100,0	—	—	100,0
Bleistifte	8	1667	32	18	787	1	87	1	315	6	1265	5,2	18,9	75,9	5,4	23,2	71,4	38,3	—	61,7
Stuhlfuhr	4	368	3	1	632	—	—	2	175	2	193	—	47,6	52,4	—	47,0	53,0	—	—	100,0
Korken	5	513	—	5	712	—	—	1	51	4	462	—	9,9	90,1	—	10,0	90,0	40,6	57,3	2,1
Korbwaren	6	356	70	25	660	—	—	1	78	5	278	—	21,9	78,1	—	—	100,0	—	21,8	78,2
Sport- u. Kinderwagen	12	1126	48	—	971	3	395	1	34	8	697	35,1	3,0	61,9	18,3	3,1	78,6	54,3	7,1	38,6
Waggons	18	964	217	54	4268	—	—	1	164	17	800	—	17,0	83,0	—	18,7	81,3	—	9,6	90,4
Karosserien	7) 13	805	114	29	1467	1	230	4	283	7	292	28,6	35,1	36,3	11,0	16,8	72,2	30,7	19,7	49,6
Werften	15	806	28	77	2807	—	—	—	—	15	806	—	—	100,0	—	—	100,0	18,0	49,9	32,1
Nähmaschinenmöbel	16	1885	35	38	2334	—	—	2	677	14	1208	—	35,9	64,1	—	1,6	98,4	—	6,6	90,4
Zusammen	790	50505	2670	2632	66894	45	5150	137	14362	597	30993	10,2	28,4	61,4	12,4	24,8	62,8	23,0	31,4	45,6
Im Vormonat	691	50923	3119	2173	65690	50	6284	150	12646	506	31993	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Berufszweige Betriebe mit Arbeitern: 1) 3 mit 60, 2) 2 mit 40, 3) 1 mit 12, 4) 1 mit 6, 5) 1 mit 54, 6) 1 mit 5, 7) 1 mit 10, 8) 1 mit 13 zusammen 11 Betriebe mit 222 Arbeitern

## Aus dem Verbandsleben

**Bezirk Brandenburg**  
Der am 3. Juni nach Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsministerium gestellten Schlichter Heuer gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden, und in Kraft getreten. Hiernach beträgt der Ecklohn 60 Pf. erstmalig kündbar zum 1. September.

**Holzwarenindustrie in Württemberg**  
Der am 13. Juni getroffene Verordnungsvertrag wird als Mantelvertrag für das Holzgewerbe in Württemberg auch von dem Verband Württembergischer Holzwaren- und Holzspielwarenfabriken anerkannt. Er ist erstmalig zum 30. April 1933 kündbar.

Der Tariflohn wurde an der Spitze um 6 Pf. herabgesetzt; er beträgt nun in den vier Ortsklassen 59, 64, 61 und 57 Pf. Diese Regelung ist zum 31. Januar 1933 kündbar.

**Bezirk Hessen-Nassau und Hessen**  
Der Antrag unserer Kollegen auf Verbindlicherklärung des am 11. Mai von der Schlichterkammer gefällten Schiedsspruchs führte am 8. Juni zu Nachverhandlungen unter der Leitung eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums. Dessen Bemühungen, eine Verständigung herbeizuführen, blieben aber ergebnislos.

**ArbeitsEinstellung in Hamburg**  
Zur Abwehr des zugemuteten Lohnabzuges haben die Kollegen in der Möbelfabrik Otto

H. F. Neumann am 13. Juni die Arbeit eingestellt. Seither ruht der Betrieb. An dem Kampf sind etwa 50 Kollegen und Kolleginnen beteiligt.

**Aussperrung in Olbernhau**  
Für die erzgebirgische Spiel- und Holzwarenindustrie war der Tariflohn an der Spitze auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 auf 63 Pf. festgesetzt worden. Nach Ablauf dieser Vereinbarung fällt das tarifliche Lohnamt einen Schiedsspruch, der diesen Tariflohn in Kraft läßt. Der Antrag auf Verbindlicherklärung führte zu Nachverhandlungen vor dem Schlichter. Der Landesschlichter machte hier den Vorschlag, den Spitzenlohn auf 60 Pf. herabzusetzen mit Wirkung bis Ende Oktober. Das lehnten die Unternehmer ab, da sie sich nur bis Ende August binden

wollten. Die Verbindlichkeit auszusprechen, lehnte der Schlichter ab. Zu Differenzen kam es nur bei der Firma Paul Pützel in Olbernhau. Der Sitz dieser Firma ist Nürnberg (früher Bingwerke). Der Direktor Hirschmann aus Nürnberg erschien in Olbernhau und kündigte den Arbeitern an, daß sie nur weiterbeschäftigt werden könnten, wenn sie mit einem Spitzenlohn von 55 Pf. einverstanden wären. Da verschiedene Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, ergebnislos blieben, wurde die gesamte Belegschaft, etwa 100 Kollegen und Kolleginnen, am 15. Juni ausgesperrt.

**Sägewerke in Thüringen**  
Seit dem Frühjahr 1930 besteht in der thüringischen Sägewerksindustrie kein Tarifvertrag. Als damals der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch einen neuen Vertrag schaffen wollte, verhinderten die Unternehmer das Zustandekommen durch Ablehnung des Schiedsspruches. Dann kam die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und damit neue Verhandlungen. Am 11. Januar wurden sie eingeleitet, aber erst am 31. März fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch. Durch ihn sollte der Lohn bis 31. Mai geregelt werden. Über den Antrag auf Verbindlicherklärung wurde endlich am 30. Mai vor dem Schlichter verhandelt; natürlich wurde die Verbindlichkeit abgelehnt, denn der Vertrag stand ja vor dem Ablauf. Dieser Rekord in Verschleppung wurde in Sachen der Schuhleistenfabriken in Arnstadt noch geschlagen. Auch hier liegt ein Schiedsspruch vor. Der Antrag auf Verbindlichkeit ist am 15. April gestellt, aber bisher nicht erledigt. Schlichtungsbehörden und Unternehmer arbeiten Hand in Hand am Abbau der Tarifverträge. Die Säger wissen jetzt, daß sie auf die Hilfe der Amtsstellen für den Abschluß von Tarifverträgen nicht zu rechnen haben. Ihre einzige Hilfe ist der Verband, der auch in dieser schlimmen Zeit nicht wehrlos ist, wenn die Kollegen unverbrüchlich zur Organisation halten.

**Südwestdeutsche Sägewerksindustrie**  
Nachdem der auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 allgemeinverbindlich festgesetzte Lohnstarif abgelaufen war, versuchten es verschiedene Unternehmer mit der Durchführung sehr beträchtlicher Lohnsenkungen. Nunmehr





# Unterhaltung und Wissen



*Anton*  
**Samuel suchende**  
25. Fortsetzung.  
Copyright by Melik-Verlag AG., Berlin

## Zwanzigstes Kapitel.

„Sie haben sich also in einen Missionshampelmann verwandeln lassen“, höhnte Charlie Swift, als die beiden in seinem Zimmer saßen.

„Wie?“ fragte Samuel.

„Einen Missionshampelmann“, wiederholte Charlie. „Einen Kerl, der reuige Sünder sammelt.“

Samuels Blut erlosch ein wenig. Das alte Grinsen lag auf Charlies Zügen, und der Bursche erkannte schweren Herzens, wie verstockt und wild der Einbrecher sei. Mit Charlie Swift verglichen, war Finnegan das reine Kind.

Charlies Bekehrung war eine schwierige Aufgabe; Samuels Eifer und Überzeugung mußten hier eine harte Probe bestehen. Er beschloß, diplomatisch vorzugehen.

„Die Leute waren sehr gut zu mir“, erklärte er.

„Kann schon sein“, entgegnete Charlie gleichgültig.

„Und Pastor Vince ist wirklich ein guter Mensch.“

„Hm. Sie haben ihm doch nichts von mir gesagt?“

„Nein.“

„Kein Wort?“

„Haben Sie denn vergessen, daß ich Ihnen mein Versprechen gab?“

„Schon gut, ich wollte Sie nur warnen. Sie können sich bei den Kirchenleuten anbieten, soviel Sie wollen — erwähnen Sie nur nicht die verlorenen Brüder im Abgrund. Sie dürfen nicht vergessen, daß ich den Pastor um einige seiner Silbersachen erleichterte.“

Samuel schrak zusammen: „O!“

Charlie lachte. „Wußten Sie das nicht?“

„Nein.“

„Was glaubten Sie denn, daß ich die ganze Zeit über tat, während Sie Schmiere standen?“

Samuel schwieg einen Augenblick. Fragte dann: „Weshalb brächen Sie gerade bei Pastor Vince ein?“

„Weshalb nicht? Ich kannte sein Haus gut.“

„Aber ein Geistlicher! Ist das gerecht?“ Charlie lachte. „Der hat genug, lebt nicht von seinem Gehalt.“

„Wieso?“

„Er hat eine reiche Frau. Sie glaubten doch nicht, daß er von seinem Gehalt in einem derartigen Palast lebt?“

„Ich dachte überhaupt nicht daran.“

„Der ist gut versorgt, hat eines der reichsten Mädchen unserer Stadt geheiratet. Das hält ihm das Nest warm.“

„Halten Sie Herrn Vince für keinen guten Menschen?“ fragte Samuel.

„Ich weiß es nicht. Habe persönlich nichts gegen ihn, bloß sein Beruf gefällt mir nicht.“

„Tut er nicht vielen Menschen Gutes?“

„Mag sein.“ Charlie zuckte die Achseln. „Armen Menschen“, beharrte Samuel.

„Vielleicht. Aber Sie werden bemerken, daß die Leute dadurch das Rückgrat verlieren, zu Bettlern werden. Das paßt mir nicht.“

„Weshalb, glauben Sie, hilft der Pastor den Leuten?“

„Er wird doch dafür bezahlt.“

„Aber die anderen Angehörigen der Kirche — jene, die das Geld hergeben, weshalb tun die es?“

Der Einbrecher dachte einen Augenblick nach. „Wahrscheinlich, um sich äußerst tugendhaft vorkommen zu können.“

„Tugendhaft?“ wiederholte Samuel verständnislos.

„Freilich. Nehmen Sie zum Beispiel eine der reichen Frauen. Sie besitzt eine Menge Geld, das sie nicht verdient hat, verbringt ihr Leben mit Unterhaltung und dem Herumkommandieren ihrer Dienerschaft. Und weiß dabei ganz genau, daß die meisten Menschen — jene, die arbeiten und schaffen

— leiden, vor Elend sterben. Um dadurch nicht in ihrer vornehmen Seelenruhe und ihrem Vergnügen gestört zu werden, dingt sie sich irgendeinen Kerl wie Ihren Pastor, der den Hungernden predigt und sie zu Weihnachten mit einem Truthahn beglückt. Damit ist für die reiche Frau die ganze Sache erledigt. Verstehen Sie?“

„Ja“, erwiderte Samuel kleinlaut, „ich verstehe.“

## Greift an!



**Drei Pfeile sausen, lichtbesont,  
Ihr Bogen ist die Eiserner Front.  
Den ersten Pfeil schießt die Partei,  
Gewerkschaft, das ist Schütze zwei,  
Reichsbanner und der freie Sport  
Den dritten Pfeil schießt lodernd fort.  
Es ist der Feind für alle gleich:  
Das Hakenkreuz, das Dritte Reich!**

**Beilügelt von des Volkes Zorn  
Drei Pfeile fliegen kühn nach vorn!  
Ein jeder spricht: es ist genug.  
Genug mit Lug und Volksbetrug!  
Drei Pfeile, scharfgeschliffenes Erz,  
Sie treffen unsern Feind ins Herz!  
Drei Pfeile sausen ihre Bahn...  
Herbei! Stoßt vor! Greift an!  
Greift an!**

Max Barthel.

„Oder aber“, fuhr Charlie fort, „nehmen Sie einen der reichen Gauner, einen von den Leuten aus der City. Sechs-Tage in der Woche schneiden sie anderen Leuten die Kehle durch, berauben die Allgemeinheit. Am Sonntag aber beruhigen sie ihr Gewissen, regeln die Rechnung mit Gott, indem sie einen Fünfdollarschein in die Sammelbüchse werfen.“

Samuel suchte auf diesen grausamen Hohn eine Antwort. „Ich glaube, Sie sind nicht ganz gerecht“, sagte er.

„Weshalb?“

„Erstens gehen derartige Leute doch nicht in die Kirche...“

Charlie starrte ihn an. „Wie?“

„Nein.“

„Ja weshalb denn nicht?“

„Warum sollten sie in die Kirche gehen? Sie wären dort nicht willkommen...“

Charlie brach in lautes Lachen aus. „Mein armes Kind! Was treiben Sie denn in Sankt Matthäus?“

„Ich bin Küstergelhilfe“, entgegnete Samuel feierlich.

„Anscheinend sieht der Küstergelhilfe die Gläubigen nicht.“

„Erklären Sie, was Sie damit sagen wollen.“

„Ich weiß gar nicht, wo anzufangen. Es gehen so viele Gauner in die Sankt-Matthäus-Kirche. Haben Sie nicht einen kleinen, rundbäuchigen Kerl mit einem Backenbart bemerkt? Er sieht aus, als kaue er die ganze Zeit Nüsse.“

„Sie meinen Herrn Hickman?“

„Ja. Der ist doch eine der Säulen der Kirche, nicht?“

„Ja; er ist einer der Kirchenvorsteher.“

„Haben Sie schon früher etwas von Henry Hickman gehört?“

„Ich weiß, daß er ein bekannter Rechtsanwalt ist und das Lockman-Vermögen verwaltet.“

„Und Sie wissen doch auch, was das bedeutet?“

„Nein.“

„Es bedeutet, daß er die rechte Hand des alten Lockman war, ihm bei jeder schmutzigen Arbeit half. Bedeutet, daß er heute die Geschäfte der Lockmans leitet und alle Gaunereien begeht, die er dabei für nötig hält.“

Eine kurze Pause trat ein. Dann fragte Samuel leise: „Was zum Beispiel?“

„Zum Beispiel in der Politik: er vertreibt die anderen Gauner aus dem Gebiet der Lockmans, sorgt dafür, daß die ihm zusagenden Leute gewählt werden. Voriges Jahr konnte er den Sieg der Demokraten nicht verhindern und mußte daher den ganzen Stadtrat kaufen.“

„Wie?“ rief Samuel ehrlich entsetzt.

„Freilich. Voriges Jahr versuchte eine von den Lockmans unabhängige Wasserversorgungsgesellschaft in die Stadt einzudringen; es hieß, die Demokraten hätten ihr Unterstützung versprochen. Die Sache kostete Hickman fünfundvierzigtausend Dollar.“

„Wissen Sie das bestimmt?“

„Ob ich es weiß, Sammy? Die ganze Stadt weiß es.“

„Ich kann es nicht glauben.“

„Unsinn! Erkundigen Sie sich doch danach. Und dann... Sie kennen doch Billy Finnegan, den Barmann?“

„Ja.“

„Nun, bei dem können Sie alles erfahren. Sein Arbeitgeber, John Callahan, war einer der Hauptbeteiligten an der ganzen Sache; steckte auch ein schönes Stück Geld ein. Fragen Sie Finnegan.“

„Wird er es mir sagen?“

„Weshalb denn nicht, wenn Sie es geschickt anfangen. Es ist ja kein Geheimnis; die ganze Stadt hat sich darüber belustigt.“

Samuel war so entsetzt, daß er eine Weile keine Worte fand. Schließlich fragte er: „Weiß denn Pastor Vince um diese Angelegenheit?“

„Weiß er es nicht, so ist er tatsächlich recht unwissend“, lachte Charlie.

„Ein Mitglied seiner Kirche!“ stöhnte Samuel.

„Sie sind zu grün, Sammy. Was hat die Kirche mit Geschäften zu tun? Da ist auch noch ein anderer Kirchenvorsteher, der alte Wygant...“

„Fräulein Gladys' Vater?“

„Ja, der Schwäger des alten Lockman. Auch er ist Kurator des Lockman-Vermögens. Glauben Sie etwa, daß er nichts von den Gaunereien weiß?“

„Aber er ist doch ein Reformler!“ rief Samuel ganz verzweifelt.

„Selbstverständlich. Sie haben wohl die Rede gelesen, die er bei der Eröffnungsfeier der Hochschule hielt. Das hinderte ihn nicht, als die Demokraten ans Ruder kamen, mit dem neuen Führer, Slattery, seine Geschäfte zu machen. Heute verträgt er sich so gut mit den Demokraten, daß er im nächsten Jahr für ihre Wahlkampagne zahlen wird.“

„Weshalb?“

„Vor allem, weil er in die Staatslegislatur seinen Mann entsenden wird, um das Gesetz über Kinderarbeit zu bekämpfen.“

„Das Gesetz über Kinderarbeit?“

„Wußten Sie denn nicht, daß er dagegen kämpft? Kinder unter vierzehn Jahren sollten nicht in Spinnereien arbeiten.“

„Weshalb will er denn in seiner Spinnerei Kinder anstellen?“ fragte er verzagt.

„Weshalb? Guter Gott! Weil er ihnen weniger zahlen muß und sie besser ausbilden kann! Glauben Sie etwa, daß er es wegen der Gesundheit der Kinder tut?“

Samuel verstummte. Er rang mit dem fürchterlichsten Gespenst, das ihn je in Angst und Schrecken versetzt hatte. „Er kann es nicht wissen“, flüsterte er endlich. „Er kann es nicht wissen.“

„Wer?“ fragte Charlie.

„Pastor Vince.“ Samuel schnellte auf. „Ich muß mit ihm darüber sprechen.“

„Darüber sprechen?“ wiederholte Charlie erstaunt.

„Ja; er wird mir die Wahrheit sagen.“ Charlie grinste über das ganze Gesicht. „Sie haben ja nicht den Mut dazu!“

„Ich gehe“, erwiderte der Bursche einfach, und der Einbrecher klatschte sich vor Vergnügen auf den Schenkel.

„Gehen Sie. Fragen Sie ihn, Sammy. Und dann kommen Sie wieder und berichten Sie mir das Ergebnis!“ (Fortsetzung folgt.)

## Wie verhütet man Schimmelbildung auf Marmelade?

Jetzt naht die Zeit der Früchte und Beeren, und damit beginnt für die Hausfrau die wichtige Tätigkeit der Herstellung von Marmeladen und Gelees. Richtig zubereitet, können die Gläser mit dem wohlschmeckenden Brotaufstrich für den Winter aufbewahrt werden.

Aber eine Gefahr droht den sogenannten „hausgemachten“ Marmeladen: die Schimmelbildung. Zwar sind die Hausfrauen bestrebt, ihre Erzeugnisse gut und luftdicht zu verschließen, um das Verderben der Nahrungsmittel zu verhüten, aber manche muß zu ihrem großen Kummer im Winter, wenn die Gläser aus dem Keller geholt werden, sehen, daß die Früchte gegoren und die Gelees schimmelig geworden sind. Man kann den Schaden zwar beheben, aber besser sind die Marmeladen gerade nicht geworden und schmackhafter, auch nicht. Dabei gibt es ein einfaches Mittel, diese Ärgernisse und Schäden zu verhüten und dabei noch Geld zu sparen.

Die „Pektinstoffe“, das sind Gallertstoffe, die in höheren Pflanzen die Mittelschicht der Zellwände bilden und in Birnen, Äpfeln, Rüben usw. häufig vorkommen, haben die erfreuliche Eigenschaft, „schimmelfest“ zu sein. Man stellt eine Lösung aus Zucker und vierprozentiger Pektinlösung her, wobei gleiche Teile Zucker und Pektinlösung genommen werden müssen, und bestreicht damit die Oberflächen der Marmeladen-, Gelee- und anderen Konserven. Die geleeartige Masse aus Zucker und Pektinstoffen muß im heißen Zustande auf die Marmeladen usw. gestrichen werden. Dadurch bildet sich auf den Fruchtkonserven eine glänzende Haut, die jede Schimmelbildung verhütet. Man wird dadurch nicht nur vor Schaden bewahrt, sondern man kann auch Ersparnisse machen, denn es ist jetzt nicht mehr nötig, soviel Zucker zu gebrauchen, durch den man die Schimmelbildung zu verhüten bestrebt ist, denn auch Zucker ist ein Schimmelfeind.

## Ein Mittel gegen Fliegen

Die Fliegen, die in warmer Sommerzeit in ungeheuren Massen auftreten, sind nicht nur mit Recht gefürchtete Vermittler von Krankheiten aller Art, da sie Bazillen von einem Ort zum anderen übertragen, sondern sie sind auch ein Schrecken jeder ordentlichen Hausfrau, da sie Unsauberkeit verbreiten. Die Gläser der Fenster und Spiegel sind mit Fliegenschmutz bedeckt, und keine Speise ist vor ihnen sicher. Sie setzen sich besonders gern auf Fleisch und Wurstwaren und machen sie unappetitlich. „Fliegenschranke“ aus Gazestoffen sind auch nicht ein unbedingt sicherer Schutz, da die Fliegen auch hier einzudringen verstehen. Es gibt aber eine ganz sichere Art, die lästigen Plagegeister und Krankheitsüberträger aus Küche und Wohnung fernzuhalten. Man stelle in jedes Zimmer, das vor den Fliegen geschützt werden soll, einen Topf mit Tomatenpflanzen. Früchte sind nicht erforderlich. Die grünen Blätter der Pflanze haben nämlich die angenehme Eigenschaft, auf die geflügelten Schmutzfinken im höchsten Grade abschreckend zu wirken. Woher diese für jedes Haus wichtige Wirkung kommt, ist noch nicht festgestellt. Man nimmt an, daß die Ausdünstungen der Pflanze auf die Fliegen schädigend wirken. Da die Fliegen ein feines Geruchsvermögen haben, das sie befähigt, auf weite Strecken die Nahrung zu wittern — mit erstaunlicher Schnelligkeit füllt sich die Küche mit Fliegen, wenn Fleisch offen steht —, so haben sie auch ein sehr feines Gefühl für schädigende Düfte. Ein Zimmer, in dem ein Tomatentopf steht, wird von diesen Tierchen gemieden wie Gift. Auch dieses Mittel hat den Vorzug der großen Billigkeit und kann leicht beschafft werden. Die Hausfrau ist also nicht wehrlos den Gefahren des Sommers ausgeliefert.



